



WAHLKREISINFO
 DER BUNDESTAGSABGEORDNETEN
KATRIN WERNER

INTERNATIONAL, SOLIDARISCH, QUEER – DAS BUNTE TRIER IM SOMMER

Es wird Sommer in Trier. Das merkt man nicht nur am sonnigen Wetter, sondern auch an den zahlreichen Aktionen und Festen. Alleine im Juni fanden drei wichtige Feste in Trier statt: das Internationale Fest des Beirates für Migration, die Nacht der Solidarität und der Christopher Street Day.

„Es ist beachtlich wie viel Engagement für Solidarität und Toleranz jedes Jahr in Trier stattfindet“, freut sich die Bundestagsabgeordnete Katrin Werner. Gemeinsam mit Mitarbeitern ihres Büros nahm sie am 04. Juli an der Nacht der Solidarität teil.

„Wer sich in Deutschland gegen HIV und AIDS stark macht, erlebt meist einen sehr ignoranten Umgang mit der Immunkrankheit. Die Anzahl der HIV-Neuinfektionen steigt in Deutschland weiterhin an. Umso wichtiger finde ich das

INHALT

Sommer in Trier

Bundeswehr

Nachgehakt

Das Team stellt sich vor



Engagement für HIV-Prävention der AIDS-Hilfe vor Ort. So wird eine Öffentlichkeit geschaffen und die Menschen werden darauf sensibilisiert, dass HIV immer noch eine Gefahr ist“, berichtet Katrin Werner.

„Was mir aber meistens imponiert, ist, dass sich die AIDS-Hilfe in der Präventionsarbeit nicht ausschließlich lokal engagiert, sondern dass auch der Blick in andere Länder gewagt wird, in denen es Infizierten schlechter geht als in Deutschland.“ So macht die Nacht der Solidarität auch auf die Situation in Südafrika aufmerksam. Dort ist die Zahl der HIV-Infizierten und AIDS-Erkrankten besonders hoch. Hinzu kommt eine hohe Armut, so dass viele Erkrankte, darunter auch viele Kinder, keine gute Versorgung erhalten. Die Nacht der Solidarität zeigt sich aber mit diesen Menschen solidarisch, sammelt Geld für Patenschaften, die dann in Form einer Kerze übertragen werden. Der Erlös dieser Patenschaften geht dann zur Hälfte in lokale Präventionsprojekte und zur anderen Hälfte an das Projekt „HOKISA“ in Kapstadt, welches sich um HIV-infizierte Kinder kümmert. Katrin Werner und ihre Partei DIE LINKE unterstützten die Nacht der Solidarität von Anfang an. Diese ist immer ein besinnlicher Abend, begleitet von Reden, Musik und der Entzündung der Kerzen. Trier zeigt still, aber eindrucksvoll Solidarität mit Anderen.

Weniger besinnlich, aber genauso um Toleranz und Solidarität werbend, fand

am nächsten Morgen das Internationale Fest des Beirates für Migration und Integration statt. Jedes Jahr lädt der Beirat ein und macht darauf aufmerksam, wie vielfältig Trier ist. Überall auf dem Viehmarkt stehen Stände von unterschiedlichen Ländern und Kulturen, die in Trier vertreten sind. Es gibt zu Essen, zu Trinken und ein sehr abwechslungsreiches Kulturprogramm. Währenddessen stellt der Beirat für Migration und Integration seine Arbeit an Interessierte vor. Broschüren zu Sozialpolitik, Wohnungssuche und Bildungsangeboten liegen aus. Viele nehmen Beratungsgespräche wahr und bedanken sich für die Tipps.

Höhepunkt des Festes ist die feierliche Ansprache von Oberbürgermeister Klaus Jensen. Er betont Triers Vielfalt und macht darauf aufmerksam, dass in Trier nach der Sommerpause das Integrationskonzept umgesetzt wird. Katrin Werner will sich bei dem Integrationskonzept für mehr Inklusion stark machen: „Das Integrationskonzept ist ein wichtiges Projekt. Gerade in einer Zeit, in der Fremdenfeindlichkeit wieder konsensfähig ist. Trier muss daher in seinem Integrationskonzept auf Inklusion und soziale sowie kulturelle Teilhabe setzen. Allen ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern muss die Möglichkeit der politischen und sozialen Partizipation gegeben werden. Wir brauchen keine Assimilation, sondern eine Gemeinschaft auf Augenhöhe. Nur so können wir Architekten eines toleranten Trier sein.“



Politik und Unterhaltung ist auch das Motto des Trierer Christopher Street Days (CSD). Während in anderen Städten viele kritisieren, dass der CSD nur noch eine Partyveranstaltung sei, steht der Trierer CSD jedes Jahr unter einem Motto. Dieses Jahr titelte man „Nicht von schlechten Eltern“ und stellte die Frage, wann werden lesbische und schwule Paare endlich auch bei der Kindererziehung gleichberechtigt.

Katrin Werner ärgert es, dass gleichgeschlechtliche Paare immer noch diskriminiert werden: „Die Lesben- und Schwulenbewegung wird jetzt 42 Jahre alt und wir haben es immer noch nicht geschafft, dass Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen die gleichen Grundrechte zukommen wie allen anderen. Das ist zutiefst diskriminierend, denn die Gründung einer Familie ist ein Grundrecht. Die eingetragene Partnerschaft muss endlich vollkommen mit der Ehe gleichgestellt werden. Das Ehegattensplitting gehört abgeschafft und es muss endlich ein Adoptionsrecht und eine Verbesserung der Stiefkindadoption für gleichgeschlechtliche Paare geben.“

Am Infostand der Partei DIE LINKE ist am CSD viel Betrieb. Positiv überrascht zeigen sich viele von dem Vorstoß, Menschenrechte in Deutschland zu prüfen. Denn auch in Deutschland werden die Menschenrechte von Menschen mit anderer geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung verletzt: Transsexuelle

müssen sich zwangssterilisieren lassen, wenn sie ihren Personenstand ändern wollen. Intersexuelle Kinder werden direkt nach der Geburt beschnitten, bevor sie überhaupt eine sexuelle Identität ausbilden können. Katrin Werner kämpft gegen diese Menschenrechtsverletzungen.

Am Ende des Tages sieht man am kleinen Kornmarkt, auf dem der CSD stattfindet, viele Menschen, die den LINKE-Button mit der Aufschrift „Homo-Sozial“ und „Trans-Sozial“ tragen. „Trier lebt vor, wie bunt, tolerant und solidarisch es ist. Diese Feste zeigen, dass es in der Zivilgesellschaft ein starkes Engagement für mehr Gerechtigkeit gibt. Dieses Engagement muss unterstützt werden. Nur gemeinsam schaffen wir ein besseres Miteinander“, resümiert Katrin Werner.

GEGEN DIE MILITARISIERUNG ÖFFENTLICHER RÄUME – KATRIN WERNER FRAGT NACH

Im letzten Newsletter haben wir davon berichtet, dass der „KarriereTreff“ der Bundeswehr mit seinem Truck in Trier gastierte. Mit einem riesigen Truck wurde der Viehmarkt beansprucht, der als Informationsstelle für die Berufe der Bundeswehr diente. Viele uniformierte Soldaten liefen auf und ab und warben für den Dienst beim Bund.

WAHLKREISINFO



Doch damit nicht genug: Um sich ein „softeres“ Image zu geben, hatte sich die Bundeswehr aber noch etwas Besonderes einfallen lassen: einen Bandwettbewerb mit jungen Musikerinnen und Musikern aus Rheinland-Pfalz. Die Gewinnerband, durch Publikumsabstimmung ermittelt, gewann einen Auftritt beim Rheinland-Pfalz-Tag in Prüm. Mal abgesehen davon, dass die Veranstaltung kaum besucht wurde und die Schülergruppen die Bühne sowie die penetrante Werbung der Bundeswehr eher mieden, hatte die Veranstaltung doch einiges gekostet: Werbung für die Bundeswehr mit riesigen Postern und Hochglanzbroschüren von Panzern, Technik für die Auftritte der Band, Nutzung öffentlicher Räume und öffentliche Stromnutzung dürfte schon einen beachtlichen Betrag ausmacht haben. Allein schon die Werbematerialien dürften den Steuerzahler einiges an Geld gekostet haben, die aus dem Haushalt des Verteidigungsministeriums bezahlt werden.

Die Stadträtin Katrin Werner stellte deshalb eine Anfrage an die Stadtverwaltung Trier: Der Oberbürgermeister sollte beantworten, wie viel die Bundeswehr für die Nutzung des Viehmarktes gezahlt hat. Die Antwort war zugleich schlicht und beschämend für die Stadt: Für die Bundeswehr-Veranstaltung „KarriereTreff“ auf dem Viehmarkt am 18./19. Mai erteilte die Verwaltung eine Sondernutzungsgenehmigung mit der fälligen Gebühr von lediglich 50 Euro. Die Stromkosten seien der Bundeswehr in

Rechnung gestellt worden, weitere Auslagen habe es nicht gegeben. Bedenkt man, dass jede kommerzielle Nutzung des Viehmarktes pro angefangene 100 Quadratmeter schon 60 Euro kostet, sind der Stadt hier einige Steuergelder entgangen. Begründet wird dies damit, da die Bundeswehr eine Behörde sei, brauche sie nicht die vollen Nutzungsgebühren zu zahlen. Behörden seien davon generell freigestellt. Im Vergleich dazu: Vereine und Bündnisse, die sich für die Friedensarbeit und das zivilgesellschaftliche Engagement einsetzen, wie z.B. die AGF und das Multikulturelle Zentrum, müssen den vollen Preis bezahlen - meist sind sie dabei auf Spenden angewiesen.

Die Antwort auf die Fragen der moralischen Verantwortung des Oberbürgermeisters zeigten eine pure Ignoranz gegenüber der Militarisierung öffentlicher Räume. So antwortete der OB wie folgt: „Hat der Oberbürgermeister, der Mitglied im Bündnis Bürgermeister des Friedens ist bzw. der Stadtvorstand darüber nachgedacht, diese Veranstaltung in Trier zu unterbinden?“ - „Nein, es gab hierzu keine Veranlassung.“

„Wie steht der Oberbürgermeister bzw. der Stadtvorstand dazu, dass junge Musiker dazu instrumentalisiert werden, für die Bundeswehr als Arbeitgeber zu werben?“ - „Es wird davon ausgegangen, dass die Musiker in der Lage sind, selbstständig über ihre Engagements zu entscheiden. Bei Auftritten von Schulbands entscheiden die Schulen mit ihren Lehrkräften in eigenem Ermessen. Sie stehen unter der



Aufsicht der ADD und nicht der Stadt.“

Engagement für Frieden und gegen die Militarisierung der öffentlichen Räume sieht anders aus. Der OB zeigte, dass er dem Titel Bürgermeister des Friedens nicht gerecht wird.

NACHGEHAKT

Sozial auch nach der Wahl – gilt auch in der außerparlamentarischen Opposition. DIE LINKE wird die Landesregierung immer wieder an ihre Wahlversprechen erinnern und sie an ihren eigenen Maßstäben messen. Nachgehakt hat Katrin Werner deshalb im Mai bei den Themen Ausreisezentrum und Bildungspolitik.

Beim Ausreisezentrum wollte Katrin Werner wissen, wann dieses denn nun geschlossen wird. Im Koalitionsvertrag stand nämlich lediglich die schwammige Formulierung, dass das Ausreisezentrum zeitnah geschlossen werde. Kurz nach Veröffentlichung des rot-grünen Koalitionsvertrags wurde verkündet, dass die Landesregierung den Rotstift auch im Bereich der Bildung ansetzen möchte, u.a. sollten 2000 Lehrerstellen wegfallen. In einem offenen Brief wandte sich Katrin Werner an die neue Landesregierung, um zu erfahren, wie die Forderungen im Bildungsbereich (Verbesserung der Qualität,

Entlastung der Lehrkräfte, individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler) mit einem sinkenden Personal überhaupt umgesetzt werden sollen.

Ausreisezentrum

Das Ausreisezentrum wird zum 30. Juni 2011 geschlossen. Das ist ein großer Erfolg! Jahrelang haben verschiedenste Verbände und Initiativen die Schließung gefordert. Dass es letztlich tatsächlich zu dieser Entscheidung gekommen ist, ist aber vor allem den BewohnerInnen des Ausreisezentrums zu verdanken, die sich trotz drohender Konsequenzen an die Öffentlichkeit gewandt haben.

Dass damit ein grundlegender Wechsel in der Asyl- und Flüchtlingspolitik einhergeht, ist jedoch nicht zu erwarten. Die Flüchtlinge können zwar in die Kommunen zurückkehren, aber eine Aussicht auf ein dauerhaftes Bleiberecht ist damit nicht verbunden. Das wird auch an folgendem Statement aus dem Antwortschreiben von Kurt Beck deutlich: „Sicher wird es auch künftig Fälle geben, in denen die Ausreisepflicht gegen den Willen der Betroffenen vollzogen werden muss.“ An der bisherigen Abschiebep Praxis wird sich also kaum etwas ändern. Zudem hält die Landesregierung weiter an ihrem Instrument der freiwilligen, geförderten Ausreise fest. Die neue Ministerin Irene Alt sieht darin ein wichtiges Mittel „eine Rückkehr in Würde zu ermöglichen.“ Der Ausdruck „freiwillige Ausreise“ ist zynisch, denn Flüchtlinge gehen



nicht freiwillig in ein Land zurück, aus dem sie geflohen sind. Zu Recht wurde dieser Ausdruck zum Unwort des Jahres 2006 gewählt. Freiwillige Rückkehr setzt voraus, dass man eine Wahl hat zwischen Bleiben und Gehen. Diese Wahl haben Flüchtlinge aber nicht. Vielmehr sollte sich die Landesregierung für ein Bleiberecht stark machen.

Für DIE LINKE ist die Schließung des Ausreisezentrums ein richtiger Schritt, dem aber weitere folgen müssen. Zusätzlich zum Ausreisezentrum gehört das Abschiebegefängnis in Ingelheim geschlossen und die Residenzpflicht abgeschafft. Die Flüchtlinge dürfen nicht weiter ausgegrenzt werden. Vielmehr muss man ihnen eine dauerhafte und sichere Perspektive in Deutschland bieten. Der Einsatz und das Engagement für eine menschlichere Flüchtlingspolitik geht also weiter.

Bildungspolitik

Hier kann nichts Positives berichtet werden. Denn lediglich aus der Staatskanzlei kam ein kurzes Antwortschreiben. In diesem heißt es, dass Kurt Beck grundsätzlich nicht auf Offene Briefe antwortet. Keine Antwort ist auch eine Antwort! Es ist wahrscheinlich nicht gewollt, dass öffentlich über die Kürzungen im Bildungsbereich diskutiert wird. Vielmehr soll dies im Stillen vollzogen werden, ohne dass die Öffentlichkeit umfassend informiert wird. Eingelenkt hat das Bildungsministerium beim Thema Vertretungslehrkräfte. Bis

vor wenigen Wochen sollten noch alle Vertretungsverträge gestoppt werden. Dieser Stopp wurde aufgehoben und weitere Gelder wurden bereitgestellt. Zudem wird eine landesweite Lehrerreserve von 200 Planstellen eingerichtet. Für den Verband Bildung und Erziehung (VBE) scheint der Unterrichtsausfall im nächsten Jahr bereits gesichert. Der VBE geht davon aus, dass letztlich nicht alle Vertretungsverträge verlängert werden und die klaffende Lücke auch nicht durch die Einrichtung der Lehrerreserve kompensiert werden kann. Es wird von einem rechnerischen Minus von mehr als 1000 Lehrerstellen ausgegangen.

Die Anfragen und die dazugehörigen Antworten finden Sie unter: http://www.katrinwerner.de/themen/offene_briefe/

BÜRGERINNEN UND BÜRGER WOLLEN BETEILIGT WERDEN

Die Bürgerinnen und Bürger sind sehr interessiert an dem, was vor Ort passiert. Mangelndes Politikinteresse ist nicht zu erkennen, vielmehr wollen Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden. Das zeigt auch der Ausgang der Bürgerbefragung in Bad Kreuznach zum Thema Ost-West Trasse. Die Straße soll von der Alzeyer Straße entlang der Bahnlinie bis zur Salinenstraße verlaufen.

WAHLKREISINFO



In Bad Kreuznach wurde die Bevölkerung befragt, ob sie für oder gegen das Straßenbauprojekt Ost-West Trasse ist. Dabei stimmten 54,9 Prozent gegen und 45,1 Prozent für das umstrittene Bauvorhaben. Die lokale Bürgerinitiative, die gegen das Großbauvorhaben eintritt, forderte, die Befragung am Tag der Oberbürgermeisterwahl durchzuführen. Der Gedanke war dabei, eine höhere Beteiligung an der Abstimmung zu erreichen. Obwohl die Befragung nun nicht zu diesem Zeitpunkt stattfand, nahmen immerhin fast 30 Prozent der Bürgerinnen und Bürger daran teil. Somit sollte auch für die Befürworter klar sein, dass die Trasse von der Bevölkerung nicht gewünscht ist. Der Stadtrat sollte dieses Votum ernst nehmen und für ein Ende der Planungen stimmen.

Einzig die Fraktion DIE LINKE hatte im Stadtrat bei allen Abstimmungen gegen den Bau der Trasse gestimmt. Ihre Haltung wurde durch den Ausgang der Befragung bestätigt.

DAS TEAM STELLT SICH VOR



Liebe Leserinnen und Leser, in dieser Ausgabe unseres Wahlkreisinfos stellt sich unsere Mitarbeiterin Vanessa Burkhardt vor.

Mein Name ist **Vanessa Burkhardt** und ich arbeite seit Januar 2010

bei Katrin Werner. Zu dieser Zeit war ich im Endspurt meines Studiums der Betriebswirtschaftslehre an der FH in Trier und stundenweise beschäftigt. Ich freute mich als ich nach meinem Studium erfuhr, dass ich eine Stelle im Büro Wittlich erhalten könne. Lange überlegen musste ich nicht, da ich gerne im Team bleiben wollte - Also: Sofort Bewerbung geschrieben!

Nun bin ich seit September im Bürgerbüro in Wittlich beschäftigt. Die Arbeit ist sehr abwechslungsreich, interessant und ein stetiger Lernprozess, da man sich mit den unterschiedlichsten Themen befassen und sich in diese auch intensiv einarbeiten muss. Von menschenrechtspolitischen Themen über Umweltpolitik als auch regionale Themen wie der Hochmoselübergang ist alles dabei. Auch die Herangehensweise an die Themen ist unterschiedlich und immer wieder spannend. Literaturrecherchen, Gespräche mit Fachleuten oder auch Brainstorming im Team sorgt für kreatives und abwechslungsreiches Arbeiten.

Hinzu kommen auch die Menschen und deren Geschichten, die man kennen lernt. Von erschütternd bis amüsant ist alles dabei. Nach gut einem Jahr kann ich sagen, dass wir ein tolles Team haben und es Spaß macht, mit Katrin und der Bürogemeinschaft Ideen zu entwickeln und zu verwirklichen. Gerade, wenn man merkt, dass viele Menschen von unserer Arbeit partizipieren können.



TERMINE

- **Wanderausstellung „Residenzpflicht - Invisible Borders“**

noch **bis zum 17. Juli 2011** in der **Volkshochschule Trier** zu sehen
Veranstalter: Referat für Antirassismus und Antifaschismus,
AStA Karl-Marx-Universität Trier

Veranstaltung im Rahmen der Ausstellung:

Donnerstag, 14. Juli 2011, 19 Uhr, VHS Trier: Raum 005 (EG)
Vortrag: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
von Christiane Jellonek und Maria Stock (Multikulturelles Zentrum Trier e.V.)

weitere Infos zur Ausstellung unter: <http://ibtrier.blogspot.eu/>

- **Filmabend mit „Requiem“**

Mittwoch, 13. Juli 2010, 19 Uhr, Wahlkreisbüro Katrin Werner,
Paulinstraße 1-3, 2. Etage, Trier
Veranstalter: MdB Katrin Werner und Jenny Marx Gesellschaft

Stellenausschreibung

Wahlkreismitarbeiter/in zum 1. September 2011 (30 Std. pro Woche)
als Elternzeitvertretung bis zum 30. November 2012 gesucht.

vollständige Stellenausschreibung unter: http://www.katrinwerner.de/fileadmin/lcmskatrinwerner/Stellenausschreibung_Elternzeitvertretung_01.pdf